

**Zeitschrift:** Die Schweiz : schweizerische illustrierte Zeitschrift  
**Band:** 25 (1921)

**Rubrik:** Illustrierte Rundschau

#### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 13.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Illustrierte Gundschau



Mäher im Toggenburg. Phot. Max Burlhardt, Arbon.

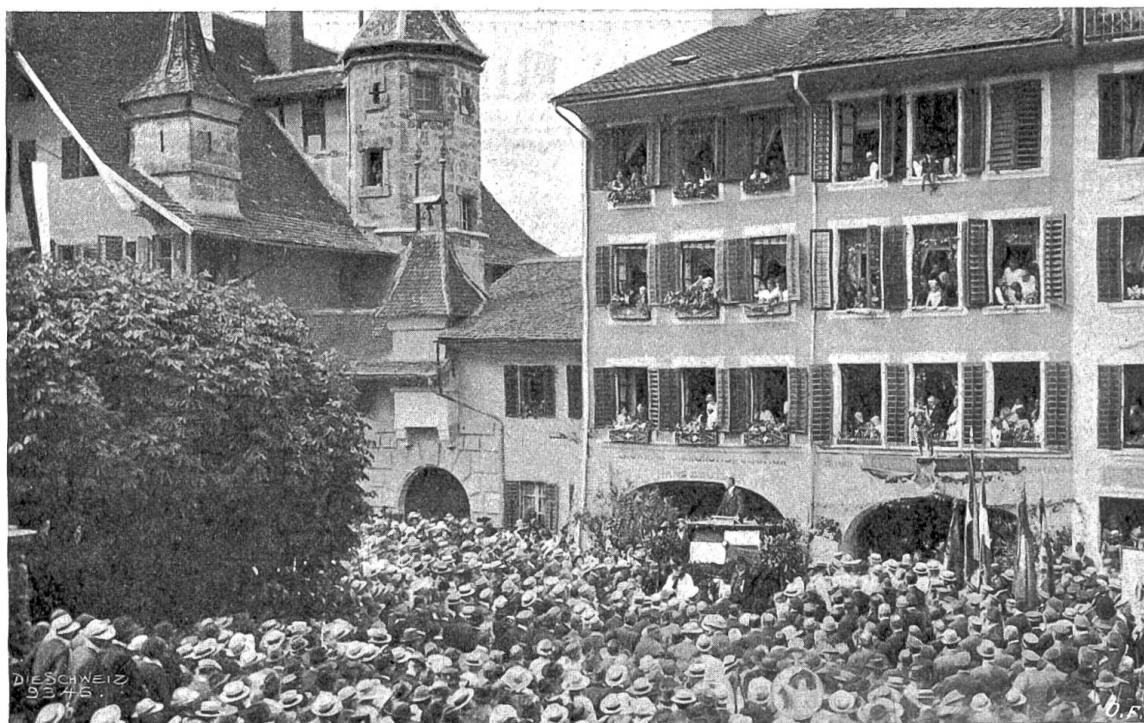
## Politische Uebersicht.

Zürich, 29. Juni 1921.

Als sich vor Jahresfrist die Völkerbundsvereinigungen in Mailand zu einer Konferenz versammelt hatten, war es die französische Delegation, die — zum allgemeinen Besremden von den Schweizern unterstützt — die Aufnahme der deutschen Völkerbundsfreunde in die Weltvereinigung schroff ablehnte. Dieses Jahr, in Genf, befürworteten dieselben Franzosen nicht nur die Aufnahme der deutschen Vereinigung für den Völkerbund, sondern stimmten sogar der Resolution zu, die den Wunsch ausdrückt, Deutschland möchte so bald als möglich gemäß Art. 1 des Paktes in den Völkerbund aufgenommen werden. Es scheint, der neue Kurs in Deutschland hat doch in Frankreichs leitenden Kreisen gute Wirkung getan, und die politischen Verhältnisse, hauptsächlich die Lage im Orient, lassen mehr und mehr die Einsicht aufdäm-

mern, daß ein geeintes Europa heute eine Forderung sei, die allen nationalistischen Strömungen zum Trotz erfüllt werden müsse. Jedenfalls kann die redaktionelle Aenderung, welche die französischen Delegierten beantragten, und die beschlossen wurde, an der symptomatischen Bedeutung dieser Resolution nichts ändern.

Diesem Kongreß folgte die zwölf-tägige Session des Völkerbundsrates, ebenfalls in Genf. In der Alandsfrage wurde der Antrag der Kommission, der bekanntlich auch alt Bundesrat Calonder angehört, angenommen, wonach die Alandsinseln nicht, wie die Bevölkerung wünschte, Schweden, sondern Finnland zugesprochen wurden. Daß es England willkommen ist, wenn ein weniger starker Staat im Besitz dieser strategisch wichtigen Inseln ist, begreift man ja wohl. Immerhin hinterläßt diese Nichtbeachtung des Selbstbestimmungsrechtes der Ein-



Einweihung der Gedenktafel für Bundesrat Jakob Stämpfli. Neben von Bundespräsident Schultheß auf dem Rathausplatz in Büren a. A. Phot. R. Hohl, Lyß.

wohner einen bitteren Nachgeschmack. Finnland sicherte die weitestgehenden Garantien zu, die sich auf die nationale Eigenart der Aländer, den Kauf von Grundstücken durch Zugewanderte, die Steuern usw. beziehen. Die Inseln werden militärisch neutralisiert. Schweden begnügte sich mit einem Protest, erklärte sich aber im Interesse der Versöhnung und des Friedens bereit, sich dem Spruch zu unterziehen. Den polnisch-litauischen Konflikt konnte der Rat infolge der Weigerung der Litauer nicht schlichten. Hymans' Vermittlungsvorschlag erschien der litauischen Delegation zu wenig Garantien gegen polnische Eroberungslüste zu enthalten. Nun sollen in Brüssel unter Hymans' Vorsitz die Verhandlungen am 15. Juli wieder aufgenommen werden. — Alba-

nien wurde bekanntlich trotz seiner noch nicht sicheren Grenzen von der Versammlung des Völkerbundes letztes Jahr als Mitglied aufgenommen. Bedrängt von den Türken und Griechen, die albanisches Gebiet besetzt halten, wandte es sich nun an den Rat um Hilfe. Dieser aber kam zu dem geradezu unbegreiflichen Beschuß, die Klage an die Botschafterkonferenz zu weisen, von der die Albanier als Neutrale nichts wissen wollen. Die Versammlung wird also im September eine durchaus berechtigte Appellation Albaniens zu behandeln haben, das sich heute fragt, was ihm die Mitgliedschaft der Liga der Nationen eigentlich nützt. Wenn der Völkerbundsrat die Institution des Bundes in Mitleid bringen will, braucht er bloß noch einige derartige Entschei-



Gedenktafel für Bundesrat Jakob Stämpfli, angebracht am Schloß zu Büren a. A. Phot. R. Hohl, Lyß.



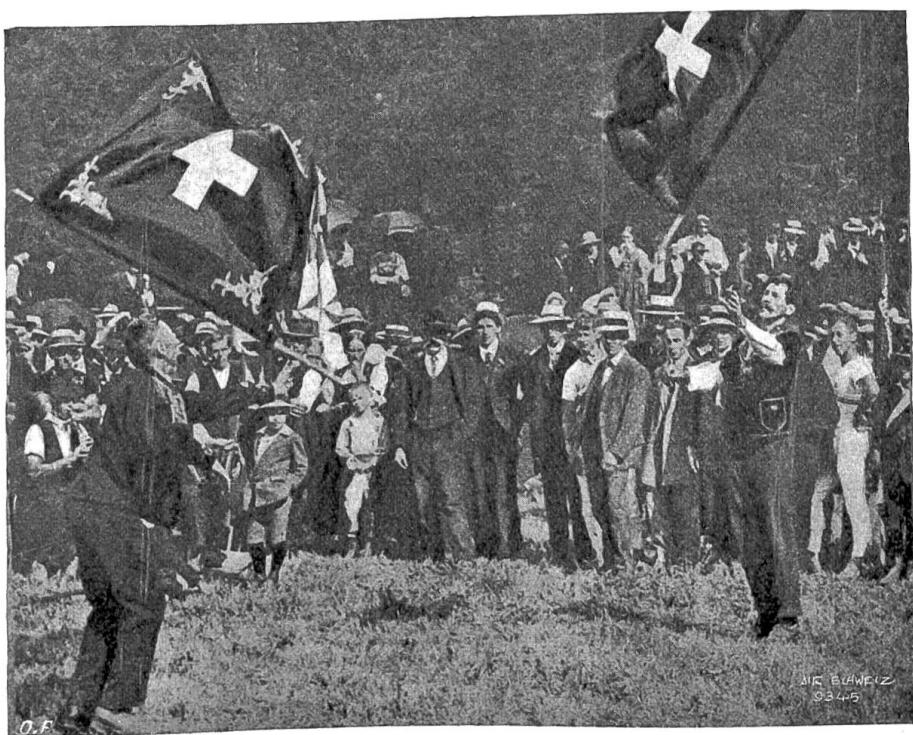
Narzissenfest in Montreux, 4./5. Juni 1921. Ballett der Kinder.

dungen zu treffen oder leichtfertig über Beschwerden hinwegzugehen, wie die aus dem Saargebiet, die eine Untersuchung des Verhaltens der dortigen Verwaltung verlangten. Möglich, daß der Vorwurf, diese Verwaltung diene einseitig französischen Interessen, sie behandle die Einwohner nicht nach Recht und Billigkeit, nicht zutrifft —

möglich aber auch, daß die Beschwerden berechtigt sind. Jedenfalls geht es nicht an, von einer strengen unparteiischen Untersuchung abzusehen, bloß die Franzosen um Auskunft zu ersuchen und auf diese einseitige Information hin die Beschwerden abzuweisen. — Glücklicher war die Lösung der Dantiger

Frage, wonach den Polen unter Berücksichtigung der Souveränität Danzigs der Zugang zum Meer gewährleistet und Danzig eine Verfassungsänderung empfohlen wird, die den Bürgern mehr Einfluß auf die Verwaltung gewährt.

Die Beschlüsse des Völkerbundsrates, seine Geheimtuerie bei den Sitzungen usw.



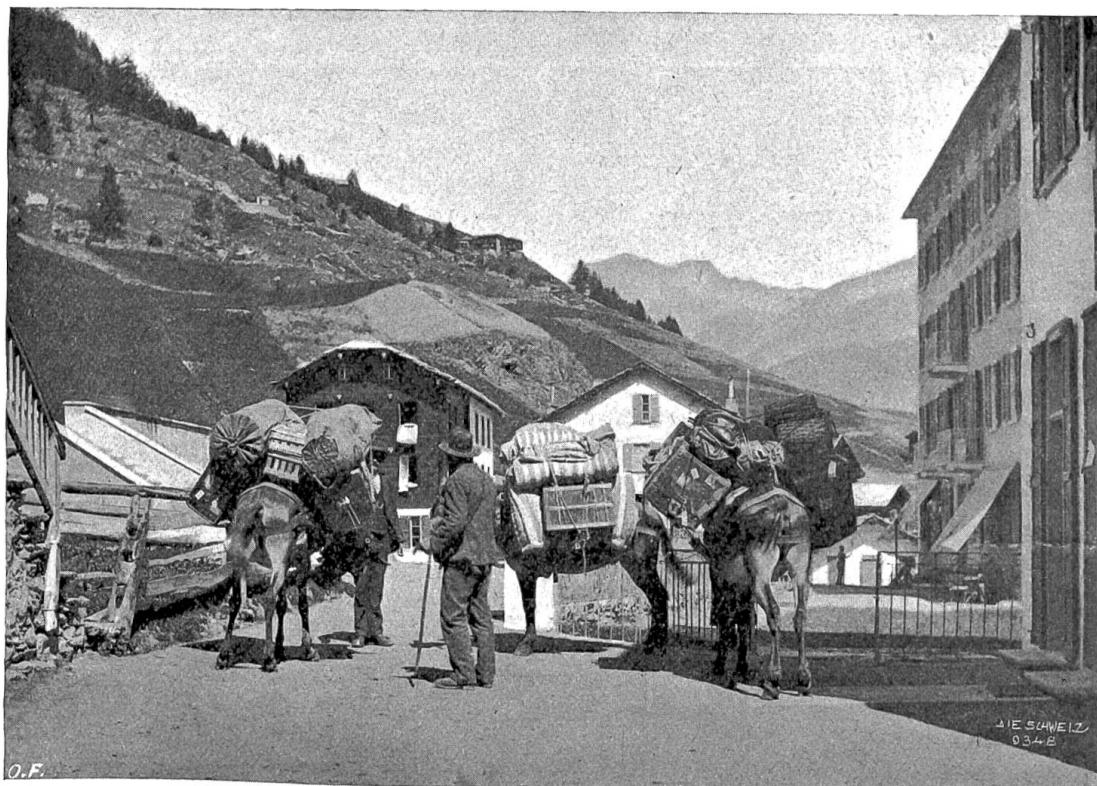
Innerschweizerisches Schwing- und Aelplerfest in Sarnen. Sommer 1921. Beim Fahnenschwingen. Phot. Bodmer, Zürich.



Schweizerischer Postverkehr: Postkutsche auf dem Schynpah zwischen Thusis und Tiefenkastel.

sind dazu angetan, den Gegnern des Völkerbundes Wasser auf ihre Mühlen zu leiten und das Ansehen des Rates ernstlich zu gefährden. Trosten wir uns damit, daß die Versammlung nach den lehrreichen Erfahrungen wesentlich demo-

glauben troß den Mißgriffen, die begangen werden, an die Entwicklung des Völkerbundes, nicht weil wir ihn heute schon als unfehlbar und allmächtig betrachten, sondern weil wir an die Entwicklung des Menschen und an das Gute in ihm glauben.



Maultierpost im Saas-Fee-Tal.

kratischer vorgeht, daß dort auch die Kleinen Gehör finden, öffentlich verhandelt wird und die Politiker und Diplomaten alter Schule nicht den Ausschlag geben!

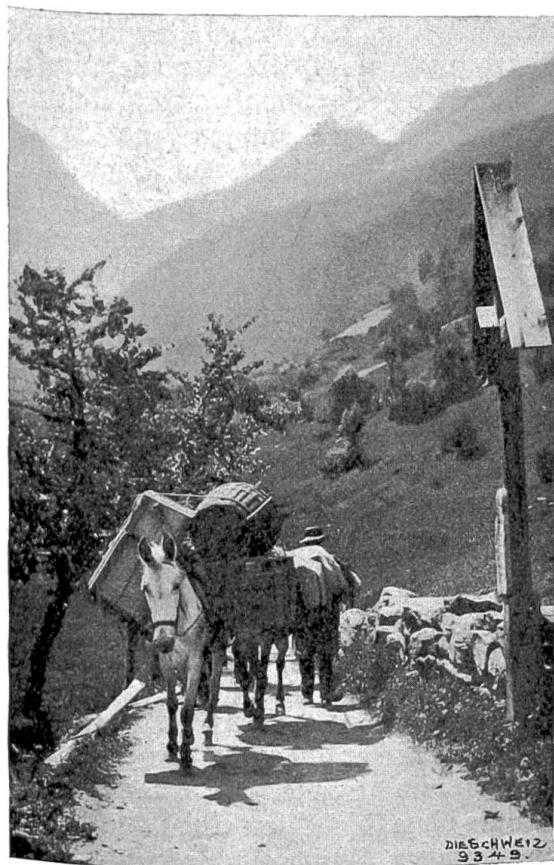
Sollte bald auch Ungarn, dessen Unmündung bereits vorliegt, und Deutschland im Bunde sein, so dürfte in die Liga der Nationen ein anderer Zug kommen. Wir

Daß sich indessen nicht bloß Kongresse und Konferenzen, sondern auch Taten ereigneten, bezeugt die Erlegung der Milliarde Goldmark, die Deutschland noch vor dem 31. Mai zu leisten

hatte, die Waffenablieferung, die den Voranschlag der Reparationskommission nicht unbeträchtlich übersteigen soll, sowie die Verhandlungen gegen die von den Alliierten angeklagten Kriegsverbrecher



Die neuen Gebirgspostautos am Rhonegletscher, Route Gletsch-Furkapass-Andermatt.  
Phot. A. Krenn, Zürich.



Post in Kippel-Lötschental.

in Leipzig. Die Urteile fanden zwar nicht die einstimmige Billigung bei der Entente; man hat aber den Eindruck, daß das Reichsgericht streng nach den Gesetzen vorgeht und in seinen Wahr- sprüchen wirkliche Schuld zu bestrafen sich bemüht. — Man sieht, daß es dem Reichskanzler Wirth in der Tat ernst ist mit der restlosen Erfüllung der Wiederherstellungs pflicht. Nur in Bayern schien sich lange gegen die Auflösung der Selbstschutzorganisationen ein starker Widerstand gel tend zu machen. Nun aber spricht die Meldung vom Rücktritt Escherichs dafür, daß diese Auflösung doch vollzogen wurde. Es ist nur zu hoffen, es gelinge den Quer treibereien und Hezereien der Alldeutschen, deren Wirkungsgebiet hauptsächlich Bayern ist, nicht, die Stellung der Regierung nach innen und außen zu erschüttern. So hatten bereits die Ermordung des Unabhängigen Gareis in München und die maßlosen Angriffe auf die Regierung im Reichstag bei der Erörterung dieses Falles eine ungünstige Wirkung in Frankreich, wo man sich sagt, daß ein immerhin nicht unmöglich Sturz des Reichskanzlers und seiner Regierung durch die Gegner die ganze Reichspolitik mit einem Schlag ändern könnte, und wo man mit dieser Befürchtung als Grund

oder Vorwand nicht an die Aufhebung der Sanktionen am Rhein denken will. Und doch wäre diese wohl eines der besten Mittel, die Stellung der Regierung in Deutschland zu stützen.

Ein erfreuliches Symptom war die Besprechung der beiden Aufbauminister Loucheur und Rathenau in Wiesbaden über die Wiedergutmachungsfrage. So schwierig die Lösung dieses Problems sein mag, so darf doch in der Tatsache allein, daß zwei verantwortliche Minister der früher feindlichen Länder in persönlichen Kontakt miteinander treten, der ehrliche Wille zu gemeinsamer wirtschaftlicher Arbeit warm begrüßt werden.

Noch immer ist der oberschlesische Aufstand nicht liquidiert; aber es scheint, daß sich nun eine Formel fand, die zur Rückkehr von Ruhe und Ordnung in dem Grenzlande führen wird. Der Selbstschutzgeneral Höfer und die aufständischen Polen haben der interalliierten Kommission durch ihre Weigerung, die besetzten Gebiete zu räumen, lange Schwierigkeiten gemacht. Nun aber ist es den Alliierten gelungen, sie zum Nachgeben zu bewegen; man setzte ihnen Fristen, bis zu denen die strittigen Gebiete geräumt sein müssen, und diese wurden angenommen, und es heißt, der Rückzug hätte bereits begonnen. Damit wäre vorläufig eine Gefahr beseitigt. Daß Frankreich hartnäckig darauf beharrt, das oberschlesische Industriegebiet Polen zuzuschanzen, obwohl man in Deutschland ohne dieses seinen Verpflichtungen nicht nachkommen zu können glaubt, macht natürlich im Deutschen Reiche böses Blut. Auch hier dürfte eine weitgehende Berücksichtigung der deutschen Wirtschaft bei aller Freundschaft zu Polen gute Wirkung tun.

Hatte man schon bei den Verhandlungen über die Wiedergutmachungen bemerkt, daß zwischen den Alliierten, besonders zwischen England und Frankreich, eine gewisse Verstimmung und Uneinigkeit bestand, so treten diese noch mehr bei dem überaus wichtigen Orientproblem zutage. Hier haben sich für das englische Imperium die Dinge recht gefährlich gestaltet. Auf seinem Vormarsch gegen Konstantinopel bedroht die mit Sowjetrussland neuerdings verbündete Regierung

von Angora Großbritannien in einer seiner empfindlichsten Stellungen. Die Haltung der Osmanen gegen die Engländer ist nichts weniger als freundlich; aber auch Frankreich erntet für seinen Schutz der Ungläubigen wenig Dank und erfährt in Cilicien ähnliche Bedrohungen wie England in Konstantinopel. Nun bestand in England große Neigung, König Konstantin gegen die Türken zu unterstützen, wovon jedoch Frankreich nichts wissen will. An einen Sieg der Griechen glaubt aber, trotzdem Konstantin selbst an die Front abging und die geplante Offensive selber leiten wird, niemand recht. In einer Besprechung, die Lord Curzon in Paris mit Briand und dem dortigen italienischen Botschafter abhielt, äußerte er die Meinung, man sollte den Türken Smyrna abtreten, und es reiste der Entschluß, Athen die Vermittlung der Alliierten zu offerieren und der griechischen Regierung zu empfehlen, die Feindseligkeiten in Kleinasien einzustellen. Aber diese lehnte ab und erklärte, die Offensive lasse sich nicht hinausschieben. Wenn diese im Gang sei, wolle man gern Vorschläge der Alliierten in Empfang nehmen. So mit ist die Gefahr nicht beschworen, während England Schwierigkeiten in allen Gegenden seines Weltreichs zu bekämpfen hat. Da ist Mesopotamien, ist Palästina, wo es kriselt, in Ägypten fand fürzlich eine blutige — vielleicht von Angora aus angezettelte — Revolte statt, und Indien ist bedroht. Also überall — besonders in den noch nicht zu Dominions für reif befundenen Staaten — erheben sich Gefahren für das Imperium, und die Uneinigkeit zwischen den Alliierten läßt die Osmanen selbstbewußter gegen die Europäer auftreten. Die Einigung Europas, und nur sie, kann die Gefahr beschwören, die das Orientproblem in sich schließt.

Daß England auch im Innern schwere Sorgen hatte, ist bekannt. Der Streik der Bergarbeiter hat inzwischen allerdings mit einer Niederlage der Streikenden sein Ende gefunden. Nach der Einigungsvorlage gewährt die Regierung während dreier Monate eine Unterstützung, und das englische Unterhaus bewilligte ohne Diskussion einen Kredit von 10 Millionen Pfund als Subvention für

die Arbeiter. Am 1. Oktober tritt das endgültige Abkommen in Kraft. Die garantierten Mindestlöhne sollen 20 Prozent über den Ansätzen vor dem Krieg stehen. In jedem Kohlendistrikt wird der Bruttoertrag der Gruben nach Abzug der allgemeinen ständigen Kosten wie folgt verteilt: 43 Prozent auf Rechnung der Löhne, 57 Prozent zur Verteilung als Gewinn.

Auch in dem höchst peinlichen Konflikt mit Irland glaubte Lloyd George einen Weg zur Lösung entdeckt zu haben, indem er eine Konferenz mit den Führern der Iren vorschlug und auch den „Präsidenten“ de Valera nach England einlud, denselben, auf dessen Gefangennahme ein Preis ausgesetzt war, der auch wirklich fürzlich verhaftet, aber wieder auf freien Fuß gesetzt wurde. De Valera erklärte sich zu Verhandlungen bereit, vorausgesetzt, daß England zuvor bedingungslos Irlands Unabhängigkeit anerkenne, was England natürlich nicht versprechen kann. Zugleich wird Frankreich von Irland in einem Blaubuch um Unterstützung angerufen. Also scheint vorläufig dieser alte Kampf noch nicht erledigt zu sein.

Ein etwas heikles Problem ist für England sein Verhältnis zu Japan und die Frage der Erneuerung seines Bündnisses mit der Großmacht im Osten. Australien und Kanada sind den Japanern nicht gewogen, trotzdem schloß sich an der Konferenz der Dominions in London ersteres den Neuseeländern an, die für die Erneuerung des Bündnisses eintraten, falls dadurch nicht ein Konflikt

mit den Vereinigten Staaten entstehe, während Kanada und Neuseeland sich dagegen aussprachen. Die Frage ist deshalb sehr heikel, weil ein Bruch mit Japan ebenso gefährlich werden könnte wie ein Konflikt mit Amerika, in dem sich Kanada und Australien sehr leicht auf Seite der Union stellen könnten.

Großes Interesse beanspruchte das Ergebnis der Kammerwahlen in Italien. Die Kommunisten haben ein Dutzend Sitze erobert, etwa 20 Mandate gingen den Sozialisten verloren, die Fasisten, diese extrem nationalstirischen Scharfmacher und Radaubrüder reaktionärer Richtung, deren terroristisches Vorgehen zu Blutvergießen an vielen Orten geführt hat, haben über dreißig Leute hinein gebracht; allerdings dürften sie durch ihr Treiben die Sozialisten vor einer starken Reduktion ihrer Sitze bewahrt haben

... Eine geringe Stärkung erhielt die katholische Volkspar- tei. Giolittis Stellung ist durch die Wahlen kaum erleichtert worden. Der Wahlkampf, der

ziemlich temperamentvoll ausgefochten wurde — vielenorts mußten die Wähler durch Militär geschützt werden, da und dort gab es blutige Köpfe und Tote! — hatte ferner zur Folge, daß aus den neuen Provinzen sechs Slaven und vier Deutsche in die Kammer einziehen. Der nationale Block hat etwas mehr als die Hälfte aller Sitze erobert; aber an der Niet- und Nagelfestigkeit dieses künstlichen, aus einander recht widerstrebenden Elementen zusammengekleisterten Blockes dürfte auf die Dauer füglich gezweifelt werden. Den-



Der Gottfried Keller-Denkstein auf der Manegg, errichtet von der zürcherischen Sektion des Schweizerischen Heimatschutzes. Phot. N. Krenn, Zürich.

noch kam der Sturz Giolittis rascher, als man erwartet hätte. Bei der Diskussion über die Thronrede griffen die aus den extremen Lagern rechts und links sich rekrutierenden Feinde Giolittis den Auslandsminister Sforza scharf an, und der Sozialist Turati wußte ihn vor die Vertrauensfrage zu stellen. Das Vertrauensvotum wurde von 245 gegen 200 Stimmen beschlossen, was Sforza veranlaßte, seinen Rücktritt zu nehmen. Auch Giolitti fand das geringe Mehr nicht genügend, um zu bleiben, und so war die Krise da. Wir erinnern uns, daß der Fasziist Mussolini, ebenfalls in der Diskussion über die Thronrede, wieder einmal meinte, der Gotthard als natürliche Grenze Italiens sei eine Vorpostenaspiration. „Der entartete und verpreußte Kanton Tessin könne für die Sicherheit der Lombardei und ganz Norditaliens zur Ursache schwerer Besorgnisse werden.“ Daß die nationalistischen Brauseköpfe nun den Mi-

nistersturz als ihren ersten Erfolg buchen, macht auch für die Schweiz die Krise nicht ganz gleichgültig, mag immerhin der Entrüstungsturm, der die schweizerische Presse durchbrauste, dem unreisen Maulhelden etwas zu viel Bedeutung beigegeben haben. Giolitti hat denn auch erklärt, Italien denke nicht an eine Annexion des Tessins, und Mussolini hat in einer zweiten Rede reichlich Wasser in seinen chauvinistischen Wein gegossen. Immerhin dürfte es auch bei uns nichts schaden, wenn man gewissen, noch immer im Tessin ihr Wesen treibenden Elementen etwas auf die Finger sähe und allfällige Propagandaapostel vor die Türe setze; denn je weniger begründet derlei Anrempelien grüner Fanatiker sind, desto schärfer darf man sich diese verbitten. Das einmütige Bekenntnis zum Vaterlande aber, das die Tessiner als Antwort auf Mussolinis Stilübung ablegten, war hocherfreulich.

H. M.-B.

#### Totentafel vom 10. bis 24. Mai 1921.

In Luzern ist am 10. Mai Redaktor Fischer vom „Vaterland“ nach längerem Krankenlager gestorben. Er trat im Jahre 1878 in die Redaktion des „Vaterland“ ein, nachdem er sich vorher bei der „Ostschweiz“ journalistisch betätigt hatte. Während seinem langen und erfolgreichen Wirken am „Vaterland“ hat sich Herr Fischer als ausgezeichneter, temperamentvoller Journalist erwiesen, dessen Arbeiten immer gerne gelesen wurden. Er besorgte die Auslandredaktion. Er trat offen und mit Frische für seinen Standpunkt ein. Mit deutschen Zentrumskreisen hatte der Verstorbene gute Fühlung. Gewisse Einseitigkeiten waren nicht zu verkennen; sie zeigten sich auch während des Weltkrieges.

In Benken (St. Gallen) starb, 59 Jahre alt, Kantonsrat und Bezirksrichter Anton Kuhne, ein eifriger Förderer der Verkehrsinteressen des Linthgebietes und verdienter Amtsmann.

Am 17. Mai ist in Hergiswil (Nidwalden) Erziehungsrat Rob. Blättler, alt Oberlehrer, gestorben. Er zählte zu den tüchtigsten Pädagogen, war 38 Jahre Lehrer. Der Gemeindediente er als Präsident, Gemeindeschreiber, Betreibungsbeamter und Organist viele Jahre.

In Joh. Maas, der am 20. Mai in Zürich, 73 Jahre alt starb, verlor die Volière am Mythenquai ihren treubesorgten, stets gefälligen Hausvater.

Am 24. Mai verschied infolge eines Un-

falls, der ihn am 21. getroffen, der Vizepräsident des Nationalrates, Gemeinderat Gustav Müller in Bern. Müller war geboren im Jahre 1860 in Biel, studierte in Bern an der juristischen Fakultät, funktionierte 1884—1891 als Notar auf der Schweizerischen Volksbank, und von 1891—1895 als Sekretäradjunkt im Schweizerischen Eisenbahndepartement. 1895 wurde er in den Stadtbernerischen Gemeinderat gewählt und leitete hier während 25 Jahren die Finanzdirektion. 1918—1920 bekleidete er auch das Amt des Stadtpräsidenten. Vor Jahresfrist trat er infolge der damaligen Gemeinderatswahlen vom Stadtpräsidium zurück und demissionierte wegen der vielfachen Angriffe auf seine Finanzverwaltung auch als Finanzdirektor. Er blieb aber Mitglied des Gemeinderates und übernahm die Direktion der Tiefbauten. Müller war von 1898 bis zu seinem Tode Mitglied des bernischen Grossen Rates, den er 1912/1913 präsidierte, und seit 1911 Mitglied des Nationalrates als Vertreter der sozialdemokratischen Partei. Im Dezember 1920 wurde er zur Würde des Nationalratsvizepräsidenten erhoben, hat auch wegen Verhinderung des Präsidenten mehrmals die Verhandlungen geleitet. Schon frühzeitig bekannte er sich zur sozialdemokratischen Partei und hat in derselben eine anerkannte Führerrolle gespielt. Durch seine große Sachkenntnis, seine Arbeitskraft und sein scharfes Urteil hat er der Stadt Bern in den langen Jahren seiner Teilnahme an der Gemeindeverwaltung hervorragende Dienste geleistet.



Fritz Oßwald, Horgen.

1. August 1920 am Zürichsee. Ölgemälde.